



Steuerbombe für E-Auto-Besitzer: Regierung bringt Mehrkosten!

Österreichs Regierung erhebt ab April 2025 erstmals Kfz-Steuer auf Elektroautos, was E-Auto-Besitzer vor hohe Zusatzkosten stellt.

Wien, Österreich - Die neue Bundesregierung aus ÖVP, SPÖ und Neos hat entschieden, die motorbezogene Versicherungssteuer, die bislang nur für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren galt, erstmals auch auf Elektroautos auszuweiten. Dies trifft sowohl neu zugelassene Fahrzeuge als auch bereits im Besitz befindliche E-Autos. Mit dieser Maßnahme, die ab April in Kraft tritt, erhöhen sich die jährlichen Kosten für Elektroautobesitzer erheblich. Wie **vol.at** berichtete, könnten die Mehrkosten je nach Modell und dessen Gewicht zwischen 70 und über 2.000 Euro pro Jahr liegen. Besonders auffällig ist die Steuersteigerung bei großen Fahrzeugen. Beispielsweise muss für den beliebten Škoda Enyaq von nun an mit zusätzlichen 480 Euro jährlich gerechnet werden, während ein BMW i4 die Besitzer rund 530 Euro mehr kosten wird. Besonders drastisch fallen die Mehrkosten für einen Tesla Y aus, der im Durchschnitt 950 Euro zusätzlich pro Jahr kostet.

Neue Berechnungsmodalitäten

Die Berechnung dieser Steuer jongliert mit einer neuen Formel, die das Gewicht und die Leistung der Elektroautos berücksichtigt, anstatt sich nur auf die CO2-Emissionen zu stützen. Laut **kosmo.at** wird für das neue Steuermodell die Dauerleistung des Elektromotors herangezogen. Ein Beispiel ist der VW ID.3 Pro, bei dem monatlich 42,85 Euro fällig werden,

was sich auf 514,20 Euro jährlich summiert. Dies entspricht in etwa der Steuerlast eines VW Golf mit Verbrennungsmotor.

Die Entscheidung der Regierung hat bereits zu heftigen Debatten geführt. Kritiker wie der ARBÖ monieren, dass dies einen Rückschritt für die Elektromobilität darstellt, da die rückwirkende Anwendung der Steuer auf bereits gekaufte Fahrzeuge zu einem Wertverlust auf dem Gebrauchtwagenmarkt führen könnte. Die neuen Regelungen werfen Fragen über die künftige Verkaufszahlen von Elektrofahrzeugen auf, während die Klimaschutzdiskussion in vollem Gange ist, wie von den Grünen angemerkt wird. Finanzsprecher Jan Krainer von der SPÖ betont hingegen, dass trotz der Belastungen Elektrofahrzeuge weiterhin Vorteile gegenüber ihren Verbrennungs-Pendants aufweisen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.vol.at • www.kosmo.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at